

JÜRGEN
ROTH

VERSCHLUSS
AKTE S 



Econ

Jürgen Roth
Verschlussakte S■■■

Jürgen Roth

Verschlussakte S■■■■

Smolensk, MH 17 und
Putins Krieg in der Ukraine

Econ



Econ ist ein Verlag
der Ullstein Buchverlage GmbH

ISBN: 978-3-430-20162-9

Redaktionsschluss: 2. März 2015

© der deutschsprachigen Ausgabe

Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2015

Redaktion: Michael Schickerling, schickerling.cc, München

Alle Rechte vorbehalten

Gesetzt aus der Wilke

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindearbeiten: Druckerei Pustet, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Prolog	9
Über die Skrupel, sich mit einer Tragödie zu beschäftigen	20
Die große Angst	24
Ein notwendiger Rückblick, der nach vorne weist . . .	27
Wie der polnische Präsident eine heile Welt störte . . .	30
Lügen, verdrängen, täuschen: Sowjetische Politik gestern und russische Politik heute	33
Der Aufstieg von Wladimir Putin	34
Die Propagandamaschinerie und ihre Folgen	37
Putins politische Romanzen	44
Die deutsche Putin-Connection	48
Der Prozess der Desillusionierung	59
2008: Das unbekannte Vorspiel zur Ukraine-Krise im Jahr 2014	62
Erste, nicht ernst genommene Warnungen	64
Bürgerbewegung versus Machtpolitik	66
Terrorismus oder die Hexenküche des russischen Geheimdiensts	71
Der Abschuss von Flug MH 17 und der Flugzeugabsturz von Smolensk	81
Wie politische Desinformation Krisen verschärft . . .	88
Katyn: Ein Trauma mit politischen Nachwirkungen	98
Massaker an der polnischen Elite	99
Das lange Schweigen	103

Tragödie oder Verbrechen:	
Der Flugzeugabsturz von Smolensk	105
Ein gefährlicher Wartungsvertrag	107
Die ungenügenden Reisevorbereitungen	109
Böse Überraschung für die polnische Delegation	120
Augenzeugen des Absturzes	122
Rätsel um die russischen Fluglotsen	129
Mysteriöse Schüsse am Absturzort	131
Eilmeldungen und gründliche Recherchen	135
Das gefledderte Wrack und viele offene Fragen.	141
Allein gelassen: Seltsame Erlebnisse	
der Hinterbliebenen	149
Die Witwe des Vizekulturministers	150
Die kämpferische Rechtsanwältin	154
Die verhinderten Obduktionen	157
Die Witwe des Luftwaffenchefs	164
Vergangenheitsbewältigung: Der lange Arm	
des Militärischen Nachrichtendiensts	175
Die mafiosen Geschäfte eines Nato-Partners	175
Der polnische Präsident und der geheimnisvolle Annex	184
Streit der Experten: Schwierige Ermittlungen . . .	189
Selbstmorde, Unfälle und Herzinfarkte	189
Die fragwürdigen Ergebnisse staatlicher Untersuchungskommissionen	190
Wie polnische Wissenschaftler politische Parias wurden	200
Streit um Fakten oder Streit um die Wahrheitsfindung?	204
Die Aufklärung der polnischen Bürger durch ihre Regierung	208
Der gescheiterte Versuch einer Vermittlung	218

Das Rätsel der Flugschreiber und des Cockpit-Voice-Rekorders	224
---	-----

Verschörungstheorie oder Verbrechen:

Gab es Explosionen an Bord der Präsidentenmaschine?	233
Indizien und Augenzeugen einer Explosion	234
Fragwürdige Erkenntnisse der Militärstaatsanwaltschaft	240
Wilde Spekulationen oder kaltes Kalkül?	261

Aufklärung oder Vertuschung:

Nachbemerkung zur Smoking Gun	267
--	------------

Ein leider notwendiger Epilog	287
--	------------

Anmerkungen	293
------------------------------	------------

Prolog

Wer hat Angst vor dem alles Leben auslöschenden Atomkrieg? Niemand! Dieser Alptraum einer nuklearen Apokalypse war bis Anfang 2014 für alle vernünftig denkenden Bürger jenseits ihres Vorstellungsvermögens. Dann begann der Krieg zwischen der Ukraine und Russland – und binnen kurzer Zeit war diese längst begrabene Angst bei all den Bürgern wieder präsent, die den Kalten Krieg in den siebziger und achtziger Jahren erlebt hatten, mit der ständigen Bedrohung eines nuklearen Atomschlags entweder durch die USA oder die damalige Sowjetunion.

Es stellt sich die Frage, was eigentlich geschehen wäre, wenn der folgende Fall sich nicht am 10. April 2010, sondern vier Jahre später zugetragen hätte: Ein osteuropäisches Militärflugzeug stürzt unter höchst fragwürdigen Umständen auf russischem Gebiet ab, alle Insassen kommen ums Leben – unter anderem der Präsident eines osteuropäischen Nato-Staats sowie die Befehlshaber der Marine und Luftwaffe, der Zentralbankchef, der stellvertretende Parlamentspräsident, der Leiter des Büros für nationale Sicherheit sowie hohe politische und kirchliche Repräsentanten dieses Nato-Mitglieds. Wie hätte der Westen reagiert, wenn daraufhin die russische Regierung versucht hätte, die tatsächlichen Ursachen für den Absturz zu vertuschen? Wenn der russische Inlandsnachrichtendienst FSB die streng geheimen Verschlüsselungssysteme der Nato beschlagnahmen würde, ebenso die Handys der Todesopfer, um an vertrauliche Informationen des Präsidenten sowie anderer hochrangiger Politiker zu kommen? Und wenn dann noch bekannt geworden wäre, dass das Mobiltelefon des Präsidenten nur wenige Minuten nach dem Absturz von

russischen Dienststellen gehackt und der Anrufbeantworter abgehört wurde?

Man muss über keine blühende Phantasie verfügen, um sich vorzustellen, dass das in der bereits propagandistisch aufgeladenen hochexplosiven Stimmung zwischen Russland und Europa beziehungsweise den USA vielleicht der Funke wäre, der einen heißen Krieg auslösen könnte. Und fern jeder Realität ist dieses bedrückende Szenario eines Funkens, der einen militärischen Flächenbrand auslösen kann, inzwischen leider nicht. Mitte November 2014 veröffentlichte die angesehenen Londoner Denkfabrik European Leadership Network eine Studie, wonach es in den vergangenen acht Monaten mindestens drei hochriskante Zwischenfälle gegeben habe, hervorgerufen durch russische Aktivitäten, bei denen entweder Tote oder eine direkte militärische Konfrontation drohten. »Die Kombination der aggressiven russischen Haltung und die entschlossene Bereitschaft der westlichen Streitkräfte erhöhen das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation und die Gefahr, die Kontrolle über die Ereignisse zu verlieren.«¹

Zyniker und Realpolitiker würden jetzt sagen: Das war doch Glück im Unglück für den Frieden in Europa, dass sich diese Flugzeugkatastrophe bereits am 10. April 2010 ereignete. Denn genau an diesem Tag stürzte das zuvor beschriebene osteuropäische Militärflugzeug nahe dem russischen Militärflughafen in Smolensk ab. An Bord der Tupolew TU-154M waren der polnische Präsident Lech Kaczyński und ein Teil der militärischen und politischen Elite des Nato-Staats Polen. Und es geschah genau das, was oben beschrieben wurde. Damals, im April 2010, konnte sich kein einigermaßen vernünftig denkender Mensch einen drohenden politischen oder militärischen Flächenbrand in Europa vorstellen. 2010 galt europäischen Realpolitikern die Kreml-Führung noch als verlässlicher und berechenbarer strategischer Partner.

Was also geschah an diesem 10. April 2010? Kein Passagier

des Flugs Warschau–Smolensk ahnt an diesem nasskalten frühen Samstagmorgen, dass es ein Flug ohne Wiederkehr werden wird. Auf dem Warschauer Flughafen Frédéric-Chopin begrüßt die Besatzung des Geschwaders 36 die ersten Passagiere.² Nachdem die meisten Passagiere eingetroffen sind, kommt kurz nach 7 Uhr MEZ der sechzigjährige polnische Präsident Lech Kaczyński mit seiner Ehefrau Maria an. Sie setzen sich in die Präsidentensuite hinter dem Cockpit. Um 7.27 Uhr MEZ startet der sechsunndreißigjährige Flugkapitän Arkadiusz Protasiuk die polnische Präsidentenmaschine mit siebenundzwanzigminütiger Verspätung. Arkadiusz Protasiuk ist ein erfahrener Pilot mit 2937 Flugstunden in der Tupolew TU-154M³ und spricht gut Russisch.

Ziel des Flugs ist die 870 Kilometer östlich gelegene russische Stadt Smolensk. Nach knapp einer Stunde Flugzeit bereiten sich die insgesamt 96 Passagiere darauf vor, dass ihre Maschine auf dem kleinen Militärflughafen Smolensk-Nord landen wird. Kurz vor 8.20 Uhr fordert die Kabinenbesatzung die Passagiere auf, sich anzuschnallen, und um 8.35 Uhr bestätigt die Crew dem Piloten: »Ready for landing.« Sechs Minuten später, um 8.41 Uhr MEZ, zerschellt die Tupolew TU-154M nahe des Militärflughafens Smolensk.

Nach offiziellen Angaben überlebt keiner der 96 Passagiere, obwohl die Maschine im Landeanflug nur wenige Meter über dem sumpfigen Boden abstürzte. Neben dem polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und seiner Ehefrau Maria Kaczyńska sind unter anderem die stellvertretende Senatspräsidentin, der stellvertretende Außenminister sowie zahlreiche Abgeordnete in der Regierungsmaschine. Mit an Bord befindet sich zudem die Spitze der polnischen Streitkräfte, wie Andrzej Błasik, der Kommandeur der Luftstreitkräfte, kurzum: ein Teil der politischen und militärischen Elite Polens.⁴ Sie wollten an einer Gedenkfeier anlässlich des siebzigsten Jahrestags der Massaker an polnischen Offizieren im russischen Katyn teilnehmen.

Im Jahr 1940 liquidierte der sowjetische Geheimdienst allein in Katyn über viertausend polnische Offiziere, Teil eines Programms von Stalin zur Enthauptung der politischen und militärischen Elite Polens. Der Militärflughafen Smolensk liegt knapp 19 Kilometer westlich von Katyn.

Seine vorbereitete Ansprache konnte der polnische Präsident nicht mehr halten. Er wollte unter anderem Folgendes sagen: »Die tragischen Verbrechen von Katyn und der Kampf gegen die Lügen sind eine wichtige Erfahrung für künftige Generationen. Das ist Teil unserer Geschichte, unserer Erinnerungen und Identität – und es ist auch ein Teil der Geschichte Europas und der Welt. Es wird uns daran erinnern, dass Lügen mächtig sein können, aber es zeigt auch, dass die Menschen und Nationen selbst in schwierigsten Zeiten sich dafür entscheiden, die Freiheit zu wählen und die Wahrheit zu verteidigen.«⁵

War der Absturz in Smolensk ein tragischer Unfall, ein schicksalhafter Zusammentreffen von Fehlern, Missverständnissen und Schlampereien auf russischer wie polnischer Seite – oder sogar ein Attentat? Grundsätzlich ist es Anmaßung, eine unwiderlegbare Wahrheit herausfinden zu wollen, insbesondere wenn es sich um ein politisch motiviertes Attentat handeln könnte. Irgendeine Wahrheit gefunden zu haben, wer kann das schon behaupten? Doch nur religiöse und politische Fundamentalisten oder Despoten. Trotzdem möchte ich es wagen, mich so weit wie möglich dem zu nähern, was tatsächlich am 10. April 2010 in Smolensk geschah, Widersprüche aufzuzeigen und Indizien zu präsentieren, damit sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann. Darum geht es in diesem Buch.

Als mir in Polen nach dem Absturz verschiedene Freunde voller Empörung erzählten, dies sei ein Attentat gewesen, klang das ziemlich abenteuerlich und unglaubwürdig. Ich dachte, hier wird die tragische Realität entweder durch

blühende Phantasie ersetzt oder eine menschliche Tragödie schamlos ideologisch instrumentalisiert. Doch ich wunderte mich gleichzeitig darüber, wie schnell ohne jegliche Untersuchung festgestellt wurde, wer für den Absturz verantwortlich war: natürlich der Pilot der Präsidentenmaschine. Das jedenfalls ließen übereinstimmend die russische und die polnische Regierung nach dem Absturz verlautbaren. Er sei entgegen den Anweisungen der russischen Fluglotsen zu niedrig geflogen und hätte dadurch mit der linken Tragfläche eine Birke gestreift, so dass die Tragfläche auseinandergebrochen sei. Daraufhin habe sich das Flugzeug um die eigene Achse gedreht und sei etwa einen Kilometer vor der Landepiste mit dem Fahrwerk nach oben abgerutscht, Außerdem sei massiver psychischer Druck auf den Chefpiloten ausgeübt worden, trotz schlechter Wetterverhältnisse in Smolensk zu landen.

Warum wusste man so schnell über die angebliche Absturzursache Bescheid und tat alles, um diese Deutung zu verbreiten? Ein Abgeordneter der Bürgerlichen Plattform (PO), der Partei von Regierungschef Donald Tusk, berichtete dem früheren polnischen Brigadegeneral Sławomir Petelicki, sofort nach der Katastrophe sei eine SMS an einige Personen aus der Tusk-Partei geschickt worden. »Sie klang wie eine Anweisung. Es war die folgende SMS: ›Die Katastrophe verursachten die Piloten, die im Nebel über 100 Meter von der Landebahn abgekommen sind.« Und Jarosław Kaczyński, der Zwillingsbruder des polnischen Präsidenten, erhielt eine Stunde nach dem Absturz einen Telefonanruf vom polnischen Außenminister Sikorski. Der informierte ihn, dass es zu einer Katastrophe gekommen sei, dass es ein Pilotenfehler war und keine Überlebenden gegeben habe. Damit stand für die polnische Regierung schon kurz nach dem Absturz fest, wer für die Katastrophe verantwortlich war – der Flugzeugkapitän.

Die *Bild am Sonntag* titelte am Tag nach der Katastrophe: »Unser Nachbarland unter Schock. Polen, wir weinen mit

Dir!« Und gleich danach die fette Schlagzeile: »Dreimal startete die Tupolew TU-154M in Smolensk durch, weil die Piloten die Landebahn nicht sehen konnten. Beim vierten Versuch zerschellte die Regierungsmaschine im Birkenwald.«⁶ Ähnlich war die Berichterstattung in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 11. April 2010: »Der Pilot habe vier Landeversuche unternommen, sagte der Vizechef Kommandeur der russischen Luftwaffe, Sergej Rasygrajew. Wegen des Nebels soll dem Piloten angeboten worden sein, im weißrussischen Minsk oder in Moskau zu landen.«⁷ Doch der habe sich geweigert und sei trotzdem gelandet. Sogar die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit meldete sich zu Wort: »Nach Ansicht der deutschen Pilotenvereinigung Cockpit deutet beim Absturz von Smolensk viel auf eine Beeinflussung des Piloten hin. Bis zur Auswertung der Flugschreiber könne man zwar nur über die Absturzursache spekulieren, sagte Jörg Handweg zu *stern.de*. ›Doch dass vier Anflüge versucht wurden, legt nahe, dass hier Druck auf die Piloten ausgeübt wurde.‹ Vier Landeanflüge seien ›sehr ungewöhnlich‹, sagt Handweg, selbst erfahrener Flugkapitän.«⁸

Mit dem jetzigen Wissensstand verglichen stimmt nicht viel an diesen Meldungen – und trotzdem prägen sie in der deutschen wie europäischen Öffentlichkeit bis heute das Bild dessen, was in Smolensk geschah. Tatsächlich gab es nie die in vielen Medien erwähnten vier Anflüge auf den Militärflughafen. Das wird der ansonsten höchst umstrittene Bericht der offiziellen Moskauer staatlichen Untersuchungskommission feststellen, der am 12. Januar 2011 in Moskau veröffentlicht wurde, weltweit auf breite Resonanz stieß und das öffentliche Meinungsbild bis heute auch in Deutschland entscheidend prägt.

Nach dem Absturz der Präsidentenmaschine ordnete der russische Präsident Dmitri Medwedew für den 12. April 2010 eine eintägige Staatstrauer an. »Im Namen des russischen Vol-

kes spreche ich mein tiefstes und aufrichtiges Beileid aus.«⁹ Sein amerikanischer Kollege Barack Obama sagte, der Tod Kaczyńskis sei »verheerend für Polen und die Welt«. Es waren große Worte, genau wie die des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin. Ihn hatte Medwedew zum Leiter der staatlichen Untersuchungskommission ernannt, um die Unfallursachen aufzuklären. Wladimir Putin versicherte nach dem Unglück die vollständige Aufklärung und volle Kooperation mit den polnischen Behörden. Auch die russische Generalstaatsanwaltschaft eröffnete ein Verfahren, wegen »Verletzung der Sicherheitsbestimmungen«.¹⁰ Aus dem Versprechen der russischen Regierung, für eine vollständige Aufklärung und Kooperation zu sorgen, ist nichts geworden. Bei meinen Recherchen stieß ich dafür auf zahlreiche offensichtliche Ungereimtheiten, Vertuschungsmanöver und Manipulationen hinsichtlich der Umstände des Absturzes.

Tatsache ist, dass die russische Regierung indirekt vom Absturz profitierte. Denn vollkommen unerwartet verfügte der Kreml nicht nur über die Handys und Blackberrys der politischen und militärischen polnischen Elite, sondern auch über streng geheime Verschlüsselungssysteme. Sie wurden von der Nato für eine sichere Satellitenkommunikation benutzt und waren im Besitz der Kommandeure der polnischen Marine und Luftwaffe, die beim Absturz ums Leben kamen.¹¹ Nach dem Absturz wurden die Codes zwar sofort geändert. Befürchtet wurde jedoch, dass mit den gehackten Nato-Codes der russische elektronische Nachrichtendienst, die Agentur für Regierungskommunikation und Information, künftig neue Codes knacken könnte. Ob Handys, Blackberrys oder geheime Dokumente – nichts davon wurde den polnischen Behörden jemals zurückgegeben.

Eine zentrale Frage blieb zudem bisher unbeantwortet: Warum haben sich die polnische und die russische Regierung einer unabhängigen internationalen Untersuchung des

Absturzes beharrlich verschlossen? Nach dem Absturz der malaysischen Passagiermaschine MH 17 im Sommer 2014 in der Ukraine forderte der polnische Premierminister Donald Tusk eine internationale Untersuchung der Absturzursache unter Mitwirkung der EU. Eine solche internationale Expertenkommission wurde beim Flugzeugabsturz in Smolensk im Jahr 2010 von den Angehörigen der Opfer gefordert, aber von Regierungschef Donald Tusk blockiert und jeder Versuch unabhängiger internationaler Ermittlungen von der polnischen Regierung als Affront gegen Russland abgelehnt. Im April 2010 akzeptierte die Tusk-Regierung alle Bedingungen Russlands, wonach die Untersuchung in Moskau durchgeführt werden sollte. Deshalb waren die wesentlichen Ermittlungen in russischen Händen, mit der Folge, dass große Zweifel am Ergebnis dieser Untersuchungen bis heute das politische Klima in Polen vergiften. Im November 2010 flogen zum Beispiel zwei hochrangige Mitglieder der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nach Washington. Sie hatten einen offenen Brief mit dreihunderttausend Unterschriften dabei, in dem die US-Regierung aufgefordert wurde, eine internationale unabhängige Untersuchung zu unterstützen. Der damalige polnische Regierungssprecher Pawel Gras bezeichnete diese Aktion als »absoluten Skandal«.¹²

Andrej Illarionow war sechs Jahre Wirtschaftsberater von Wladimir Putin, bis er aus Protest gegen dessen Politik zurücktrat. Bereits im Mai 2010 warnte er in einem offenen Brief die polnische Regierung davor, den russischen Behörden blind zu vertrauen. Diese seien nicht daran interessiert, alle Ursachen des Unglücks zu erhellen. »Böse Zungen warnten: Die Art, wie in Russland heute Katastrophen aufgeklärt werden – man denke an den Untergang des U-Boots Kursk –, vertrage sich nicht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren, in dem rückhaltlos alle Umstände offengelegt werden müssten.«¹³

Je intensiver ich mich mit diesem Flugzeugabsturz beschäf-

tigte, umso offensichtlicher wurde, dass das, was im 21. Jahrhundert im Herzen Europas wieder möglich schien, schlicht meine Vorstellungskraft überforderte. Von Hirngespinnsten, wie ich anfangs glaubte, konnte jedenfalls keine Rede sein. Dafür gibt es bis zum heutigen Tag einfach viel zu viele Fragen, die sowohl von der polnischen wie der russischen Regierung, aus welchen Gründen auch immer, nicht beantwortet wurden.

»Ich glaube, die Wahrheit ist so erschreckend, dass man die Wahrheit heute nicht aussprechen darf.« Das sagte mir Oberst Andrzej Kowalski, zur Zeit des Absturzes stellvertretender Chef des polnischen militärischen Nachrichtendienstes, der nur unter konspirativen Umständen in der Nähe Warschaus zu treffen war. Als Protest gegen die in seinen Augen mangelnde Bereitschaft des militärischen Nachrichtendienstes, den Absturz in Smolensk aufzuklären, trat er von seinem Posten zurück. Der polnischen Regierung wirft er »Manipulation und Zensur« vor.¹⁴ Er hat wie ungewöhnlich viele andere Amtsträger, die mit der Aufklärung der Vorgänge in Smolensk zu tun haben, Angst – große Angst sogar. Gab es doch in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Absturz in Smolensk einige mysteriöse Selbstmorde – was ja schon wieder wie eine billige Verschwörungstheorie klingt.

Der siebenundsechzigjährige Antoni Macierewicz ist ein sehr konservativer Politiker, dessen Sympathien gegenüber der russischen Regierung und insbesondere dem russischen Geheimdienst FSB gegen null gehen. In seinem Warschauer Büro fallen die Heiligenbilder und ein Kreuz auf, sichtbares Zeichen seiner tiefen religiösen Gläubigkeit. 90 Prozent der Polen sind Katholiken, die meisten davon so religiös, dass sie dem neuen Papst Franziskus eher sehr distanziert gegenüberstehen. Antoni Macierewicz war in den Jahren 1991 bis 1992 Innenminister und damals wie heute bekannt für seine antikommunistische Einstellung, bedingt durch seine Erfah-

rungen in der kommunistischen Volksrepublik Polen, als er politisch verfolgt wurde. Er ist Mitbegründer von Solidarność und wurde im Jahr 2006 zum Vizeminister für Verteidigung berufen. Heute ist er Abgeordneter der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im polnischen Parlament, dem Sejm, und seit Juli 2010 Vorsitzender der parlamentarischen Kommission seiner Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die vielen Rätsel im Zusammenhang mit der Katastrophe von Smolensk zu lösen.

Antoni Macierewicz bestätigte mir, dass es »innerhalb von drei Jahren nach dem Absturz einige rätselhafte Todesfälle von Staatsfunktionären und Personen gegeben habe, die mit dem Fall Smolensk zu tun haben könnten«. Am 2. Dezember 2012 wurde zum Beispiel Dariusz Szpineta, ein Berufspilot und Anteilseigner einer Fluggesellschaft, im Badezimmer eines Hotels in Indien tot aufgefunden. Er war dort zusammen mit seiner Familie im Urlaub und hatte sich mit dem Kabel seines Computers erhängt.¹⁵ In seinen Veröffentlichungen hatte der Experte kritisch die offizielle Version der Absturzursache in Smolensk analysiert. Alle Mitglieder seiner Reisegruppe sagten aus, er sei die gesamte Zeit gut gelaunt und fröhlich gewesen und habe mit der Reisegruppe zahlreiche Sehenswürdigkeiten besichtigen wollen. Nach dem Bekanntwerden des Selbstmords behaupteten anonyme Quellen im Internet, er sei auch in den Handel mit Waffen und Kunstgegenständen verstrickt gewesen. »Das war auf jeden Fall kein Selbstmord«, sagte mir dazu Antoni Macierewicz. Aber ob sein Tod überhaupt etwas mit der Flugzeugkatastrophe von Smolensk zu tun hatte, bleibt unbewiesen. Am 14. August 2014 wurde der ehemalige Chef der Abteilung des Büros für Regierungsschutz Marek Koperski in seiner Wohnung tot aufgefunden. Nach Aussagen der Ermittler war die Todesursache ein akutes Kreislaufversagen. Drei Jahre zuvor starb Adam A. in Kasachstan, ein Sprengstoffspezialist, ebenfalls aus dem

Büro für Regierungsschutz, der sich mit der Überprüfung der Präsidentenmaschine sowohl vor als auch nach der Katastrophe in Smolensk beschäftigt hatte. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft war die Todesursache Herzversagen.

Sicher ist, dass das Verhalten der offiziellen Dienststellen nach dem Absturz, sowohl der russischen wie der polnischen Regierung, bei der Aufklärung der Katastrophe von Smolensk viel Raum für Mutmaßungen über die Ursachen des Absturzes der Präsidentenmaschine bot und Verschwörungstheorien entsprechend sprießen konnten. Sehr schnell wurde zum Beispiel behauptet, dass die russische Regierung oder der russische Geheimdienst FSB für den Absturz in Smolensk mitverantwortlich seien. Nein, erklärten die russische und die polnische Regierung kategorisch, das sei Unsinn. Wer etwas anderes behauptete, sei ein Märchenerzähler und beute den tragischen Unfall für politische Zwecke aus.

Soll ich wegen dieser Erklärungen ein Dokument des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) nicht beachten? Es datiert vom März 2014. Damals schickte ein BND-Agent eine Depesche an die BND-Zentrale in Pullach, nachdem er mit einem hochrangigen polnischen Regierungsmitglied und einem führenden Agenten des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) gesprochen hatte. In dem BND-Papier wird unter anderem Folgendes behauptet: »Eine mögliche Erklärung der Absturzursache der TU-154 am 10.04.2010 in Smolensk liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Sprengstoffattentat, ausgeführt durch eine Abteilung des FSB im ukrainischen Poltava, geführt durch General Juri D. aus Moskau.« Es handelt sich dabei im FSB um die Abteilung 3 für wissenschaftliche und technische Dienstleistungen. Zu den Unterabteilungen zählen die Verwaltung zum Einkauf von Waffen, Militärgütern und Sonderausstattung sowie das Management für operativ-technische Maßnahmen. Weiter heißt es in dem BND-Dokument: »Alle weiteren Vorgänge betr. Ausführung,

Sprengstoffbeschaffung, Kommunikation, konnten trotz intensiver Vorgehensweise nicht aufgeklärt werden, da eine massive Gefährdung vor Ort operierender Quellen nicht auszuschließen wäre.« Wie alle Informationen des BND kann man das glauben oder auch nicht. Doch sie fügen sich in ein Puzzle aus Fakten und Indizien ein, wonach diese BND-Informationen nicht aus der Luft gegriffen sein dürften.

Es war der inzwischen verstorbene CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff, ehemaliger Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, der im Februar 2013 auf der Münchner Sicherheitskonferenz Folgendes erklärte: »Wir wissen, dass es zahlreiche Spekulationen über die Ursachen und die Verantwortung für den Flugzeugabsturz in Smolensk gibt. Es ist klar, dass die Spekulation nur durch die Offenheit und Transparenz beendet werden kann und deshalb ist die Haltung von Moskau sehr verwirrend. Russland behandelt die gesamte Angelegenheit geheim, was uns zur Frage für die Gründe einer solchen Haltung führt.«¹⁶ Das war Anfang 2013. Bis Anfang 2015 hatte sich an dieser Haltung der russischen Regierung nichts geändert.

Über die Skrupel, sich mit einer Tragödie zu beschäftigen

Während meiner Recherchen fragte ich mich immer wieder: Was mache ich, wenn diejenigen, die erwarten, dass die europäische Öffentlichkeit endlich wachgerüttelt wird, mir politisch nicht einmal ansatzweise nahestehen? Dazu zählt die rechtskonservative Politik von Lech Kaczyński und seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie befürchten, dass durch

die Globalisierung ihre katholischen und patriotischen Werte bedroht werden. Ich lernte den tief religiösen Lech Kaczyński am 19. November 2005 in Krakau persönlich kennen. Bei dem Gespräch war mir nach kurzer Zeit klar, dass er kein inniger Freund Deutschlands war und ein erbitterter Gegner des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Geprägt von seinen Erfahrungen während der kommunistischen Diktatur in Polen bis 1989, mit Gefängnis und Leben im Untergrund, war Wladimir Putin für ihn der Repräsentant eines Unrechtssystems.

Muss ich deshalb Abstand von weiteren Recherchen nehmen, weil nicht nur Lech Kaczyński, sondern die meisten Opfer der Tragödie, sowohl in Westeuropa wie in Russland, als politische Störenfriede galten, wegen ihrer geradezu obsessiven Einstellung gegen Wladimir Putin? Oder weil sie als national-konservative politische Kraft nicht dem propagierten politischen Ideal einer aufgeklärten liberalen europäischen Gesellschaft entsprachen? Interessiert sich deshalb bis heute in den westlichen Regierungen niemand für die unzähligen offenen Fragen, die mit der Katastrophe von Smolensk verbunden sind? Oder will man davon nichts wissen, weil rechte polnische Bewegungen die Tragödie instrumentalisierten, um ihre extrem nationalistische, teilweise vom Hass geprägte Propaganda verbreiten zu können? Ich erinnere mich an eine Demonstration in Warschau im Frühjahr 2014, anlässlich des vierten Jahrestags des Absturzes in Smolensk, bei der Plakate mit folgenden Aussagen zu sehen waren: »Die Zeit der Märsche und Proteste ist vorbei. Es ist Zeit, die Plattform zu reinigen.« Mit Plattform ist die Partei Bürgerplattform des damaligen Regierungschefs Donald Tusk gemeint. Oder ein anderes Plakat: »Die alten Parteidämonen kehren mit der Plattform zurück.« Und schließlich: »Heute ist der Tag des Blutes und der Ehre. Polen steht auf. Polen bereitet eure Waffen vor.«

Dieser rechtsextreme Einfluss prägte in Teilen auch die Politik des Mainstreams. »Das ließ sich beispielsweise am 29. September 2012 in Warschau beobachten, als eine Demonstration mit 50 000 Teilnehmern unter dem Motto »Polen erwache!« stattfand, die gemeinsam von PiS, der Gewerkschaft Solidarność und der rechts-katholischen Bewegung von Radio Maria unter der Führung des politischen Strippenziehers Pater Tadeusz Rydzyk organisiert worden war.«¹⁷ Dieser Pater, der große politische Autorität in den national-religiösen Kreisen Polens besitzt und über ein einflussreiches Medienimperium verfügt, sagte über Lech Kaczyński, der sei »ein Betrüger«, den die »jüdische Lobby in der Tasche hat«. Seine Frau sei eine Hexe, die die Euthanasie unterstütze, und solle sich besser selber »der Euthanasie unterziehen«. Ein Aufschrei war die Folge: Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles nannte den Pater »Joseph Goebbels im Priesterkragen«.¹⁸ Antisemitismus spielt in diesen Kreisen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Radio Maria gehörte zu den Stimmen, die gleich nach der Flugzeugkatastrophe von einem Attentat sprachen, ohne dass es damals dafür einen einzigen Beweis gab.

Polen ist also ein politisches und kulturelles Minenfeld, gerade in Bezug auf den Absturz in Smolensk und die daraus entstandenen ideologisch-politischen Grabenkämpfe. Einen Dialog zwischen der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit und der liberal-konservativen Bürgerplattform von Donald Tusk gab es nach dem Absturz in Smolensk nicht. Das machte nicht nur die Aufklärung der Katastrophe von Smolensk ungewöhnlich schwierig, sondern vergiftete das gesamte politische Klima in Polen. Jeder glaubt bis heute, recht zu haben. Dabei muss fairerweise gesagt werden, dass Abgeordnete der Partei Recht und Gerechtigkeit und jene Wissenschaftler, die nicht an die offizielle Version der Absturzursache glaubten, immer wieder den Dialog mit der Regierung Donald Tusk suchten – vergeblich.

Über diese menschliche wie politische Katastrophe ein Buch zu einer Zeit zu veröffentlichen, in der die weltweiten Konflikte das Leben so unsicher machen wie nie zuvor in den letzten Jahrzehnten, in der sich gleichzeitig die krudesten Verschwörungstheorien wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet haben und zudem ein bizarrer Informationskrieg herrscht, schien mir lange Zeit höchst problematisch. Trotz weit fortgeschrittener Recherchen hatte ich es noch im Spätherbst 2014 daher aufgegeben, das Buch über die Katastrophe von Smolensk zu schreiben. Freunden sagte ich, es habe keinen Sinn. Wer interessiert sich angesichts der aktuellen weltpolitischen Krisen für die Hintergründe eines vier Jahre zurückliegenden Absturzes, selbst wenn dort ein Teil der polnischen Elite ausgelöscht wurde?

Dann stellte ich jedoch fest, dass es zwischen dem Absturz in Smolensk und dem heutigen von Russland initiierten militärischen Konflikt mit der Ukraine, der auch auf Westeuropa ausstrahlt, einen direkten Zusammenhang gibt. In Wirklichkeit geht es um die zentrale Frage, wie, von wem, mit welchen Mitteln und warum politische Brandherde geschürt werden. Kurzum: wie durch Desinformation blinder Hass zwischen den Völkern und ein heißer Krieg entfacht werden können, während gleichzeitig die demokratische Staatsform von immer mehr Menschen nicht nur in Deutschland abgelehnt wird – eine gefährliche, ja teuflische Mixtur.

Sei es nun in Polen, Russland oder der Ukraine, in den USA oder in Deutschland – überall herrscht eine selektive Wahrnehmung der komplexen globalen Realität. Auf der einen Seite, wie in der Russischen Föderation und selbst einigen östlichen Mitgliedstaaten der EU, triumphiert eine national-autoritäre freiheitslähmende Ideologie. Auf der anderen Seite, in Europa und den USA, wird dem autoritären Neoliberalismus gehuldigt. In beiden Lagern geht es darum, die Bürger zu unmündigen Objekten zu degradieren, die hilf-

los unterschiedlich agierenden imperialen Machtinteressen ausgesetzt sind. Auf der Strecke bleiben in Europa der soziale Rechtsstaat und die demokratische humanistische Bürgergesellschaft.

Dieser Unsinn, der im Zusammenhang sowohl mit dem Absturz in Smolensk wie auch dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine verbreitet wurde, und die daraus entstehende Feindseligkeit gegen die sicher unvollkommene Demokratie auch in Deutschland schienen mir unerträglich. Und natürlich sah ich mit Erschrecken, dass viele jener Bürger, die Front gegen Putin machen, gleichzeitig alles, was mit Sozialismus oder demokratischem Sozialismus zu tun hat, in die kommunistische Ecke verbannten. Den neokonservativen und neoliberalen Kräften im Westen lieferte dieser Krieg in der Ukraine viel Futter für ihre eigene Propaganda. Das war der Zeitpunkt, an dem ich sagte: Jetzt reicht es mir! Deshalb konnte und durfte sich das Buch nicht mehr ausschließlich mit der Katastrophe von Smolensk am 10. April 2010 beschäftigen.

Die große Angst

Im Frühjahr 2014 herrschte nicht nur, aber besonders in Polen und in den baltischen Staaten panische Angst. Ausgelöst wurde sie durch den politischen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch russische Spezialeinsatzkommandos sowie die militärische Unterstützung prorussischer Separatisten in der Ostukraine durch Russland. Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė sprach davon, dass Russland Europa praktisch den Krieg erklärt habe.¹⁹ Typisch für die Stimmung

war der Bericht in einer polnischen Boulevardzeitung: Darin wurden die Bürger aufgefordert, sich auf einen kommenden Krieg vorzubereiten. Sie sollten Lebensmittel horten, unter anderem Mehl, Konserven, Fertiggerichte in Gläsern, Milch in Kartons, Mineralwasser, Öl, große Vorräte an Zucker, Nudeln und Reis.²⁰ Viele Polen folgten diesem Aufruf. Und während einer Demonstration anlässlich des vierten Jahrestags der Flugzeugkatastrophe von Smolensk wurde in Warschau am 10. April 2014 ein großes Transparent aufgestellt: »Das ist kein Attentat. Das ist eine Hinrichtung: Smolensk, Kiew, Krim – und der Rest von Europa später.« Die Spekulationen wucherten, insbesondere in Polen.

Anfang September 2014 rief mich vollkommen aufregt ein polnischer Freund an. »Weißt du schon, dass Putin dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko gedroht hat, Atombomben auf Vilnius und Warschau zu feuern?« Dummes Zeug, antwortete ich. »Nein, es stand in allen polnischen Zeitungen.« Das hieße ja noch lange nicht, dass es stimme, antwortete ich ihm. »Doch, doch.« Er war nicht von seiner Meinung abzubringen. Tatsächlich beherrschte am 7. September 2014 eine Schlagzeile alle polnischen Medien: »Wird Putin eine Atombombe auf Warschau werfen?!« Hinter der Schlagzeile standen sowohl ein Frage- als auch ein Ausrufezeichen. Auf dem Titelfoto wurde der russische Präsident Wladimir Putin inmitten eines weißroten Atompilzes gezeichnet, im Hintergrund das Stadtbild von Warschau.²¹

Die markigen Schlagzeilen in der polnischen Presse bezogen sich auf den Artikel des US-Journalisten Jeffrey Tayler in der Zeitschrift *Foreign Policy*.²² Unter der Überschrift »Putins nukleare Option. Ist der russische Präsident wirklich bereit, einen Dritten Weltkrieg zu beginnen?« zitierte er Andrei Piontkovsky, den ehemaligen Direktor des Moskauer Zentrums für strategische Studien. Und Andrei Piontkovsky glaubte, dass bei einer kriegerischen Auseinandersetzung zwi-

schen der Nato und Russland die Nato mit konventionellen Mitteln überlegen wäre. »Daher hat Putin nur eine Option, den nuklearen Angriff. Keine massiven Schläge mit Interkontinentalraketen auf die USA oder Westeuropa, das würde einen selbstmörderischen automatischen Holocaust bedeuten, aber einen kleinen, taktischen Angriff gegen zwei Nato-Mitglieder – das wäre möglich. Warschau, gegen das Russland bereits die Simulation eines Nuklearangriffs durchgeführt hat, kommt mir als Erstes in den Sinn. Oder, sagen wir, Vilnius, die Hauptstadt von Litauen.«²³ Solche Gedankenspiele mögen in verbohrt nationalistischen russischen Denkfabriken, die dem Kreml nahestehen, durchaus einige Befürworter finden, sie haben mit der politischen Realität glücklicherweise *noch* nichts zu tun. Auch wenn Andrey Ilarionow, ein ehemaliger Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, in einem Interview Anfang Dezember 2014 erklärte, dass »man in der gegenwärtigen politischen Situation nicht von einem Kalten Krieg sprechen kann, sondern dass Insider im Kreml vom Vierten Weltkrieg reden würden«.²⁴

Aber was wichtiger ist: In dem Artikel findet sich keine Zeile, dass der russische Präsident Wladimir Putin persönlich drohte, eine Atombombe auf Warschau abzufeuern. Genau das brannte sich jedoch aufgrund der Schlagzeilen in den Köpfen vieler Polen ein. Nahrung erhielten diese Ängste vor Russland durch Aussagen wie die von Dmitri Smirnow, dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche. Er verkündete öffentlich: »Wir sind es gewohnt, dass Russland groß ist, Russland stark ist, Russland großartig ist, dass wir viele Atomknöpfe haben, dass wir die ganze Welt vernichten können. Ja, im Prinzip können wir das. Aber wir haben jetzt keine Menschen mehr, die genug Mut haben, um diese Knöpfe zu drücken. Unser Volk ist seelisch geschrumpft.«²⁵

Ein notwendiger Rückblick, der nach vorne weist

Das undurchdringliche Gestrüpp von Halbwahrheiten und Vertuschungen, das im Zusammenhang mit dem Absturz am 10. April 2010 in Smolensk offensichtlich wurde, ist ohne die nun folgenden Erkenntnisse und Erfahrungen nicht einmal ansatzweise zu verstehen. Denn bei der Aufklärung – oder eher wohl der Blockade der Aufklärung – des Absturzes in Smolensk spielte Wladimir Putin eine entscheidende Rolle. Und um das zu verstehen, ist es notwendig zu erkennen, dass seine Haltung Teil eines Systems russischer Politik geworden ist.

Der rote Faden der Geschichte beginnt 1999, kurz vor Wladimir Putins Amtsantritt als Präsident in Russland, mit dem Beginn des 2. Tschetschenienkrieges, führt über den Krieg in Georgien im Jahr 2008, den Flugzeugabsturz in Smolensk im April 2010, die Besetzung der Krim im Frühjahr 2014 hin zum Absturz der malaysischen Passagiermaschine MH 17 in der Ostukraine im Juli 2014. Und er endet vorläufig in dem blutigen Bürgerkrieg in der Ukraine. Diese scheinbar unterschiedlichen Vorgänge erklären vieles von dem, was im Zusammenhang mit dem Absturz in Smolensk im April 2010 vorschnell als Verschwörungstheorie fehlgedeutet werden könnte. War die Tragödie in Smolensk vielleicht nur das Vorspiel zu dem, was später in der Ukraine geschah, einen Krieg auslöste und die bisherige europäische Friedensordnung zerbrechen ließ?

Der Bürgerkrieg in der Ukraine hat mit dem Absturz in Smolensk insofern zu tun, als im Hintergrund der russische Präsident Wladimir Putin als zentraler Player auftaucht, und zwar in Verbindung mit dem FSB, dem russischen Inlandsnachrichtendienst. Der FSB ist das Schwert von Wladimir Putin geworden, wie einst der KGB das Schwert der KPdSU war. Insbesondere der FSB spielte und spielt in Polen eine be-

deutende Rolle. Diese beschrieb mir Antoni Macierewicz, der Vorsitzende der parlamentarischen Untersuchungskommission der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zur Aufklärung des Absturzes in Smolensk, folgendermaßen: »Es gibt keine wichtigere gesellschaftliche, wirtschaftliche Struktur, die in Polen nicht mehr oder weniger vom FSB kontrolliert wird. Wenn es um russische Dienste geht, rede ich auch vom weißrussischen Nachrichtendienst. Er ist sehr aktiv, aber abhängig von den russischen Diensten. Ihre Arbeitsergebnisse werden sofort den Russen geliefert. Sie sind sehr erfolgreich.«²⁶ Und wieder einmal geht es um die Frage, was Vorurteil und Desinformation und was die Realität ist.

Während ich diese Zeilen am 17. Oktober 2014 schreibe, kann ich live im Internet miterleben, wie um den ostukrainischen Flughafen Donezk zwischen ukrainischen Truppen und den prorussischen Rebellen gekämpft wird, trotz eines auch von Putin unterstützten offiziellen Waffenstillstandsabkommens zwischen der ukrainischen Regierung in Kiew und den prorussischen Rebellen. Der Donner der Artilleriegeschütze, das grell gelbrote Aufblitzen der Einschüsse – alles ist live im Internet zu verfolgen. Nur die Zerstörungen, die menschlichen Tragödien, die Toten sieht man nicht. Der unabhängige Twitter-Dienst *Conflict News* meldete dazu: »Russische Streitkräfte greifen an.«

Als diese Meldung veröffentlicht wurde und im Internet der Krieg im Donezk live verfolgt werden konnte, hielt sich Wladimir Putin anlässlich des Europa-Asien-Gipfels in Mailand auf. Nach seinen Worten sei Russland bereit, sich weiterhin in der Krise zu engagieren, sei aber kein Teilnehmer des Konflikts. Und im Übrigen hätten die westlichen Regierungschefs eine »absolut voreingenommene Haltung und keinen großen Willen gezeigt, die Lage in der Ukraine objektiv zu erörtern«.²⁷ Russland jedoch werde sich an alle Vereinbarungen halten.

Daher die notwendige Rückblende: Im Frühjahr 2010, als in Smolensk die polnische Regierungsmaschine mit dem Präsidenten an Bord abstürzte, galt Wladimir Putin als verlässlicher Partner Europas und der USA. Die Beziehungen zwischen den europäischen Regierungen und dem Kreml waren damals von einer geradezu rührenden Politik der Anpassung durch Annäherung geprägt, auch strategische Partnerschaft genannt – wobei nicht so sehr die universellen Menschenrechte, sondern die gut geschmierten Wirtschaftsbeziehungen im Mittelpunkt allen europäischen Handelns standen.

»Damals« muss man sagen, weil es bereits Geschichte ist. Im Januar 2010 analysierte der Russlandexperte Andreas Umland die politische Dauerkrise in Kiew folgendermaßen: »Vertreter des russischen politischen Mainstreams kokettieren zwar gelegentlich mit der Idee, dass die Krim oder zumindest Sewastopol »eigentlich zu Russland gehören«. Allerdings scheint es im Kreml kein ernsthaftes Interesse an der Umsetzung einer »Wiedervereinigung« der Krim mit der Russischen Föderation zu geben ... Während die heutige russische Führung als international weitgehend rational agierend eingestuft werden kann, darf nicht vergessen werden, dass es in der politischen Landschaft Russlands weiterhin ultranationalistische Gruppierungen mit Verbindungen in die Staatsduma bzw. den Kreml gibt.«²⁸ Damals, im Jahr 2010, schien das eine abenteuerliche Spekulation zu sein. Vier Jahre später hat Putin die Krim annektiert, sie ist nun Teil der Russischen Föderation. Mitte Dezember 2014 erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow: »Krim ist nun Teil des Staates ... In Übereinstimmung mit dem internationalen Recht hat Russland jede Möglichkeit, über sein nukleares Arsenal zu verfügen, um seine Interessen und internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.«²⁹ Was heißen soll, dass der Kreml Nuklearwaffen auf der Krim stationieren darf und will und dass die Krim für immer russisches Staatsgebiet bleiben wird.

Wie der polnische Präsident eine heile Welt störte

Das führt wieder zum Absturz der Präsidentenmaschine in Smolensk im April 2010 zurück. Denn einer der wenigen hochrangigen westlichen Politiker, die Wladimir Putin nie als verlässlichen Partner sahen, war zweifellos der national-konservative Lech Kaczyński. Sein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der russischen Politik unter Putin artikuliert er zwei Jahre vor seinem Tod. Als Anfang August 2008 russische Truppen in Georgien einmarschierten, reisten am 12. August 2008 – auf seine Initiative hin – die Präsidenten der Ukraine, Lettlands, Litauens, Estlands und Polens nach Tiflis. Dort verdeutlichte der polnische Präsident vor Zehntausenden Georgiern in einer öffentlichen Rede seine Position und die der mitreisenden Staatschefs aus den baltischen Staaten: »Wir sind hier, um zu kämpfen. Unser Nachbar hat sein wahres Gesicht gezeigt, das wir seit Jahren kennen. Es ist Russland, das sich seine Nachbarländer unterordnen will. Wir sagen dazu Nein! (...) Wir werden uns diesen Handlungen widersetzen können, wenn Europa gemeinsame Werte verkörpert. Alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sollten eigentlich hier sein!«³⁰

Die im Auftrag der Europäischen Union tätige Untersuchungskommission Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia (IIFFMCG) legte im September 2009 ihren Bericht zum Kaukasus-Konflikt vor. Die Fact-Finding-Mission der EU stellte fest, dass russische Streitkräfte, unterstützt durch Luftangriffe, tief in georgisches Territorium eingedrungen seien und erst kurz vor Tiflis gestoppt hätten.³¹ Hinzugekommen sei der Einsatz von Söldnern und Kriegsmaterial aus dem Territorium der Russischen Föderation.³² Ganz anders sah das die russische Seite: Zum ersten Mal, klagte der ehemalige FSB-Chef Nikolai Patruschew, »hat Washington direkt eine ausländische Regierung unterstützt, die russische Bürger und Friedenstruppen attackiert.«³³ Nicht

nur das erinnert an die Intervention in der Ukraine im Frühjahr 2014. Die georgische Außenpolitik war nach der Orangen Revolution Ende 2004 prowestlich orientiert und wurde von den USA finanziell und personell zweifellos massiv unterstützt. Mit den geopolitischen Interessen des Kremls, der Georgien immer noch als sein direktes Einflussgebiet beanspruchte, war das nicht vereinbar – nationale Souveränität hin, nationale Souveränität her. Altbundeskanzler Gerhard Schröder, der inzwischen für den russischen Erdgaskonzern Gazprom tätig war, nannte den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili einen »Hasardeur«. Er sehe nicht, dass man das Konzept der »strategischen Partnerschaft« zwischen Berlin und Moskau wegen der jüngsten Ereignisse aufkündigen müsse, sagte Schröder: »Ich halte überhaupt nichts von einer Dämonisierung Russlands. Ich begreife Russland als Teil Europas.«³⁴

Bei vielen Anlässen warnte Lech Kaczyński vor der russischen Politikerkaste, die für ihn und seine Anhänger so etwas wie das Reich des Bösen darstellte, eine expansionistische dunkle Macht. Anlässlich des Gedenkens an den siebzigsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen auf der Westernplatte bei Danzig im September 2009 »sagte der Präsident in Anwesenheit Putins, damals habe Polen durch das ›bolschewistische Russland‹ einen ›Messerstich in den Rücken‹ erhalten. Als die polnischen Soldaten den deutschen Angreifern noch Widerstand leisteten, sagte Kaczyński, sei die Rote Armee am 17. September 1939 in Ostpolen einmarschiert.«³⁵ Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti kommentierte die Rede Kaczyńskis in einem Artikel: »Lech Kaczyński, Polens Präsident und Vorsitzender der Partei ›Recht und Gerechtigkeit (PiS)‹, demonstrierte altpropagandistische Klischees. Anders als die Russen hätten die Polen nichts zu bereuen, sagte er und verglich wie ein wahrer Populist die Erschießung der polnischen Offiziere in Katyn mit dem Holocaust ... Die